F r a g e n a n d i e S e n a t o r e n

B E R U F U N G E N A U S P O L I T I S C H E N G R Ü N D E N

Der Senat erklärte sich auf seiner letzten Sitzung zu einer öffentlichen Diskussion über Berufungen bereit. Da das Berufungsverfahren bereits innerhalb der Universität allgemein diskutiert wird, erscheint es notwendig, auch den Inhalt der Berufungen zu untersuchen. An vielen Universitäten richtet sich der Protest der Studenten nicht nur gegen die autoritären Maßnahmen einzelner Professoren, sondern grundsätzlich gegen die Gefahr, die in der Lehrtätigkeit dieser Ordinarien für die Ausbildung der Studierenden gesehen wird.

Wenn man aus der Stellung der Universität in einer Demokratie eine Verantwortung der Universität für die Festigung und Verbesserung dieser Gesellschaftsform ableitet, muß auch die Einstellung der Lehrenden zur Demokratie, soweit sie in der Lehre zum Ausdruck kommt, bei der Berufung berücksichtigt werden.

Die Frage nach den ideologischen Voraussetzungen einer Lehrmeinung wird im Sommersemester verschiedentlich gestellt werden.

Am Mittwoch soll daher zur Sprache kommen:

-- wieweit schon heute bestimmte politische Grundrichtungen für Berufungen von Bedeutung sind, und wann sie es sein sollten,

-- welche Rolle der ideologische Hintergrund neben der fachlichen Befähigung bei der Wahl der zu Berufenden spielen muß,

-- wie weit die politische Verantwortung der Universität im Einzelfall gehen soll, wie hier Toleranz zu definieren ist.

Mittwoch, 14. 2. '68 Hörsaal B I 20.oo Uhr

Einleitende Referate danach offene Diskussion

Alle Professoren und Assistenten und Studenten sind eingeladen.

STUDENTENSCHAFT AN DER RUHR-UNIVERSITÄT